

aus: Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf
vom 09. März 1995, Nr. 10

**102 Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes
für das Einzugsgebiet der
Wassergewinnungsanlage Essen-Überruhr/Steele
der Stadtwerke Essen AG (Wasserwerksbetreiber)
- Wasserschutzgebietsverordnung
Essen-Überruhr/Steele -
vom 8. 2. 1995/1 Karte**

Der Regierungspräsident
54.17.02-31, 32

Düsseldorf, den 28. Februar 1995

Inhalt:

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Schutz in den Zonen III - I
- § 4 Militärische Übungen und Liegenschaften
- § 5 Duldungspflichten
- § 6 Düngeanzeigeverfahren
- § 7 Anzeigeverfahren zur Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM)
- § 8 Genehmigungen
- § 9 Befreiungen
- § 10 Vorrang der Kooperation
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Überwachung
- § 13 Andere Rechtsvorschriften
- § 14 Inkrafttreten

Aufgrund der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1988 (BGBl. I S. 1529, ber. S. 1654), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. 6. 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) vom 12. 2. 1990 (BGBl. I S. 205) - BGBl. III 753-1 -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. 8. 1992 (BGBl. I S. 1564),

der §§ 14, 15, 116, 117, 134 bis 138, 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. 6. 1989 (GV. NW. S. 384/SGV. NW. 77), geändert durch § 51 Abs. 4 des Gesetzes über Enteignung und Entschädigung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz - EEG NW -) vom 20. 6. 1989 (GV. NW. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 2. 6. 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) - im Land Nordrhein-Westfalen vom 29. 4. 1992 (GV. NW. S. 175) und

der §§ 12, 25, 27 bis 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NW. S. 528/SGV. NW. 2060), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes vom 7. 3. 1990 (GV. NW. S. 201) wird im Einvernehmen mit dem Landesoberbergamt Dortmund verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Essen-Überrohr/Steele der Stadtwerke Essen AG (begünstigter Unternehmer im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone III A, die engere Schutzzone (Zone II) und den Fassungsbereich (Zone I).

(3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich im Gebiet der Stadt Essen auf die Gemarkungen:

Gemarkung Bergerhausen, Flur 16 tlw., 18 tlw., 19 tlw.

Gemarkung Hinsel, Flur 1 tlw., 2 tlw., 3 tlw., 4 tlw., 5 tlw., 6, 7 tlw., 8 tlw., 9 tlw., 10 tlw.

Gemarkung Rellinghausen, Flur 4 tlw., 5 tlw., 10 tlw.

Gemarkung Steele, Flur 15 tlw., 16 tlw.

(4) Über das Wasserschutzgebiet mit seinen Schutz-zonen gibt die dieser Verordnung angefügte Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 einen Überblick.

In der Übersichtskarte ist die Zone I rot, die Zone II grün angelegt, die Zone III A ist gelb umrandet.

Im einzelnen ergibt sich die Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutz-zonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1:5 000, die aus 4 Blättern besteht.

In diesen Karten sind die Zone III A gelb umrandet und die Zone II grün umrandet, die Zone I ist rot angelegt.

Aus der dieser Verordnung beige-fügten Anlage A ergeben sich die Genehmigungs- und Anzeigepflichten und Verbote für die einzelnen Schutz-zonen.

Die Übersichtskarte, die Schutzgebietskarte und die Anlage A sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Verordnung mit Übersichtskarte, Schutzgebietskarte und Anlage A liegt vom Tage des Inkraft-tretens an (§ 14) zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei folgenden Behörden aus:

1. Bezirksregierung Düsseldorf
– Obere Wasserbehörde –
2. Oberstadtdirektor Essen
– Untere Wasserbehörde –

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Abwasser im Sinne dieser Verordnung sind das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

(2) Abwasseranlagen im Sinne dieser Verordnung sind alle Anlagen, die Abwasser heben, transportieren oder zurückhalten.

(3) Abwasserbehandlungsanlagen im Sinne dieser Verordnung sind Einrichtungen, die dazu dienen, die Schädwirkung des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen und den anfallenden Klärschlamm für

eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten. Sie sind öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen, wenn sie dem allgemeinen Gebrauch dienen.

(4) Eine grundwasserschonende Düngung im Sinne dieser Verordnung liegt vor, wenn entsprechend dem Nährstoffbedarf der Pflanzen in einer Weise gedüngt wird, daß eine Gewässerverunreinigung ausgeschlossen erscheint. Die Nährstoffgaben sind mit Datum, Art und Menge des jeweiligen Nährstoffes aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind 9 Jahre lang aufzubewahren und auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.

(5) Gülle im Sinne dieser Verordnung sind die Gemische aus Kot- und Harnausscheidungen von Rindern, Schweinen oder Geflügel, auch vermischt mit Abwasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte. Zur Gülle im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Ausscheidungen von Geflügel ohne Zusatz von Abwasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte (Geflügelkot). Jauche im Sinne dieser Verordnung sind die Harnausscheidungen von Rindern, Pferden, Schweinen, Schafen oder Ziegen, auch vermischt mit Abwasser, Einstreu oder Futterresten.

(6) Intensivbeweidung im Sinne dieser Verordnung ist die Beweidung ab vier Großvieheinheiten pro Hektar und Weideperiode.

(7) Kahlschlag im Sinne dieser Verordnung ist die gleichzeitige Entnahme aller Bestandsglieder auf einer Fläche von über 0,3 ha.

(8) Lagerbehälter im Sinne dieser Verordnung sind ortsfeste oder zum Lagern aufgestellte ortsbewegliche Behälter. Kommunizierende Behälter gelten als ein Behälter. Unterirdische Lagerbehälter sind Behälter, die vollständig im Erdreich eingebettet sind. Behälter, die nur teilweise im Erdreich eingebettet sind sowie Behälter, die so aufgestellt sind, daß Undichtigkeiten nicht zuverlässig und schnell erkennbar sind, werden unterirdischen Behältern gleichgestellt. Alle übrigen Lagerbehälter gelten als oberirdische Lagerbehälter.

(9) Nährstoffträger im Sinne dieser Verordnung sind alle Stoffe, die freie Nährstoffe enthalten oder solche nach einer Mobilisierung freisetzen, wie z. B. Gülle, Jauche, Festmist, Klärschlamm, Kompost, Silagesickersaft, mineralische Düngemittel.

(10) Nicht zugelassene Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PBSM) in Wasserschutzgebieten bestimmen sich nach der Pflanzen-schutz-Anwendungsverordnung.

(11) Eine grundwasserschonende Anwendung zugelassener Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PBSM) liegt dann vor, wenn durch die Anwendung eine Gewässerverunreinigung ausgeschlossen erscheint. Die einzelnen Anwendungsgaben sind mit Datum, Art und Menge aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind 9 Jahre lang aufzubewahren und auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde vorzulegen. Der Anwender muß im Besitz eines Sachkundenachweises sein.

(12) Recycling-Materialien im Sinne dieser Verordnung sind die in den gemeinsamen Runderlassen des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr – IV A 3-953-26308 – III B 6-32-40 (45) vom 25. 4. 1991 – III B 6-32-15/102 – und 30. 4. 1991 genannten industriellen Nebenprodukte und Recyclingbaustoffe sowie Gießereireststoffe nach dem Runderlaß des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr – III B 6-30-05/226 – vom 16. 4. 1993 und vergleichbare mineralische Reststoffe, die

mindestens den Anforderungen der vorgenannten Erlasse entsprechen.

(13) Wassergefährliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind Betriebe, die wassergefährdende Stoffe, wassergefährdendes Abwasser oder Kühlwasser abstoßen oder in denen regelmäßig mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, insbesondere

- Abfallentsorgungsanlagen,
- Akkumulatorenfabriken,
- Beizereien,
- Lackier-, Abbeiz- und Entlackungsbetriebe,
- Chemische Fabriken,
- Erdölraffinerien, Großtanklager, Hydrierwerke, Galvanikbetriebe, Weißblechwerke, Gaswerke, Kokereien, Kohlekraftwerke, Gerbereien und Lederverarbeitungsbetriebe,
- Chemikalienhandlungen,
- Kaliwerke, Salinen,
- Kernkraftwerke,
- Metallhütten,
- Sprengstofffabriken,
- Textilveredelungsbetriebe,
- Tierkörperverwertungsstellen,
- Zellulosefabriken,
- Zuckerfabriken
- Schrottplätze,
- Kfz-Reparaturwerkstätten, Tankstellen (auch für den Eigenbedarf),
- Anlagen zum Lagern oder Behandeln von Autowracks.

(14) Wassergefährdende Stoffe im Sinne dieser Verordnung sind feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern können, insbesondere

- Säuren, Laugen,
- Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 v.H. Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze,
- Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte, flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen,
- chemische Mittel für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung (Pflanzenschutzmittel),
- Gifte,
- organische Lösungsmittel,
- radioaktive Stoffe,
- Jauche, Festmist, Gülle und mineralische Düngemittel,
- Silagesickersaft und Molke,
- Klärschlamm und Kompost.

Zu den wassergefährdenden Stoffen im Sinne dieser Verordnung gehören auch die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die nähere Bestimmung wassergefährdender Stoffe und ihre Einstufung entsprechend ihrer Gefährlichkeit (VwVwS) des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 9. März 1990 (GMBI. S. 114) in der

jeweils geltenden Fassung und die im Katalog wassergefährdender Stoffe (ausgenommen Stoffe der Klasse O) aufgeführten Stoffe.

§ 3

Schutz in den Zonen III - I

(1) Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

(2) Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zur Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

(3) In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betreiben, Warten oder Unterhalten des Wasserwerks und seiner Wassergewinnungsanlage, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder dem Ausüben der Gewässeraufsicht dienen.

Das Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sind verboten, soweit sie nicht dem Erhalten und Pflegen der zum Schutz des Grundwassers notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen.

Der Einsatz chemischer Mittel für Pflanzenschutz, Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und jegliche Düngung sind verboten.

(4) Die einzelnen Verbotstatbestände, Genehmigungs- und Anzeigepflichten in den Zonen III A, II und I folgen aus der dieser Verordnung beigelegten Anlage A.

§ 4

Militärische Übungen und Liegenschaften

Bei militärischen Übungen und Liegenschaften sind die im DVGW-Merkblatt W 106 „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ vom April 1991 festgelegten Erlaubnisse und Verbote zu beachten.

§ 5

Duldungspflichten

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere die Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens gemäß §§ 19 Abs. 2 Nr. 2, 21 WHG und §§ 116, 117 und 167 Abs. 2 LWG zu dulden.

(2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Anlagen und sonstigen Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind (Bestandsschutz), haben zu dulden, daß solche Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften der Verordnung angepaßt, beseitigt oder erforderliche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 WHG).

(3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sind darüber hinaus verpflichtet:

1. Das Errichten, Betreiben und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten;
2. das Aufstellen, das Unterhalten oder das Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern;
3. das Auffüllen von Mulden und Erdaufschlüssen;
4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben; den Betroffenen, auf deren Grundstücke Untersuchungen im Vollzug der Schutzgebietsverordnung durchgeführt werden, ist das Ergebnis der Untersuchung mitzuteilen;
5. das Anlegen und Betreiben von Grundwasserbeobachtungsbrunnen;
6. das Errichten und Unterhalten von Anlagen zum Sichern gegen Überschwemmungen
und
7. das Beseitigen von Erdaufschlüssen oder Ablagerungen
zu dulden.

(4) Die Untere Wasserbehörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die gemäß den Absätzen 2 und 3 zu duldenen Maßnahmen durch schriftlichen Bescheid an. Der Wasserwerksbetreiber und das Staatliche Umweltamt sind vorher zu hören. Soweit berechtigte Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit dem zuständigen Bergamt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Duldungspflichtigen zuzustellen sowie dem Wasserwerksbetreiber, dem Staatlichen Umweltamt und, soweit beteiligt, dem zuständigen Bergamt nachrichtlich zur Kenntnis zu geben.

§ 6

Düngeanzeigeverfahren

- (1) Mit der Anzeige zum Aufbringen von Nährstoffträgern ist für jedes Wirtschaftsjahr und für jede Wirtschaftsfläche (Schlag) eine ausgeglichene Nährstoffbilanz nachzuweisen. Grundsätzlich sind die Flächen im Winter bis zum 15. Januar zu begrünen.
- (2) Der Nachweis der ausgeglichenen Nährstoffbilanz wird dadurch erbracht, daß (z.B. in einer Schlagkartei) dargelegt wird welche Nährstoffe nach
 - Art,
 - Menge,
 - Art der Aufbringung, und Zeitraum aufgebracht werden und daß unter Berücksichtigung
 - der konkreten Bodenart,
 - des Nährstoffinhalts im Boden,
 - des Nährstoffzugs durch die einzelne Frucht und Sorte, Zwischenfrucht und Untersaat,
 kein Nährstoffüberschuß entsteht.

Ist für Gartenbaubetriebe mit einer hohen Anzahl kleinflächiger Schläge ein schlagbezogener Nachweis unzumutbar, kann die Untere Wasserbehörde auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung von der schlagbezogenen Nachweispflicht erteilen. In der Ausnahmegenehmigung sind die Wirtschaftsflächen, auf die sich die Pflicht zum Nachweis einer ausgeglichenen Nährstoffbilanz beziehen soll, festzulegen.

(3) Der Nachweis der ausgeglichenen Nährstoffbilanz ist für jedes Wirtschaftsjahr der zuständigen Unteren Wasserbehörde über die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer bis zum 15. Dezember des zu bilanzierenden Wirtschaftsjahres schriftlich anzuzeigen. Die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer leitet die Anzeige, versehen mit einem Prüfvermerk, an die Untere Wasserbehörde weiter.

(4) Der Bewirtschafter der Wirtschaftsfläche ist verpflichtet, die Angaben zum Nährstoffinhalt im Boden – bezogen auf den Stickstoffgehalt – durch eine am Ende der Vegetationsperiode durchzuführende Messung eines neutralen Instituts zu belegen (N-min-Untersuchung).

Im Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung sind die Messungen erstmalig, sodann im Abstand von 5 Jahren, durchzuführen. Die Untere Wasserbehörde kann in den dazwischenliegenden Jahren Messungen verlangen

- bei nicht ausgeglichener Nährstoffbilanz,
- bei erhöhtem N-min-Gehalt im Rahmen der Regeluntersuchungen oder
- bei Nichterfüllung der Kriterien des Güllebeurteilungsblattes.

(5) Bei nachgewiesener Überdüngung ist die Untere Wasserbehörde – unbeschadet anderer Rechte – berechtigt, vor Beginn der Vegetationsperiode einen Düngeplan zu verlangen. Abs. 2, Abs. 3 sowie Abs. 4 S. 1 gelten entsprechend.

Bei unvorhersehbarer Nutzungsänderung bzw. nicht absehbarer Kulturfolge sind Abweichungen von der Planung zulässig.

(6) Die Regelungen der Abs. 1–5 finden sinngemäß Anwendung auf öffentliche Flächen.

§ 7

Anzeigeverfahren zur Anwendung

von Pflanzenbehandlungsmitteln (PBSM) und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM)

(1) Mit der Anzeige zur Anwendung von PBSM ist für jedes Wirtschaftsjahr und für jede Wirtschaftsfläche (Schlag) nachzuweisen, daß nach den Kriterien des integrierten Pflanzenschutzes gearbeitet wurde, die sich daran orientieren, eine Gewässerverunreinigung auszuschließen.

(2) Der Nachweis wird dadurch erbracht, daß in geeigneter Weise (z.B. in einem Pflanzenschutztagebuch oder einer Schlagkartei) die sachgerechte, den Anforderungen des Abs. 1 entsprechende Anwendung nach

- Datum
- Art und Name des Mittels,
- Menge des Mittels,
- Anwendungsart,
- Kulturart,
- Anlaß der Anwendung (Vorsorge oder konkreter Befall)

dokumentiert wird.

Bei Wahl, Einsatzzeitpunkt, Menge und der Verwendung der Restmenge des PBSM sind die Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer zu berücksichtigen. Als Beratungsempfehlungen gelten auch Rundschreiben und Warnmeldungen.

(3) Der Nachweis gemäß Abs. 1 und 2 ist für jedes Wirtschaftsjahr der zuständigen Unteren Wasserbehörde über die Kreisdienststelle der Landwirt-

schaftskammer bis zum 15. Dezember des zu bilanzierenden Wirtschaftsjahres schriftlich anzuzeigen. Die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer leitet die Anzeige, versehen mit einem Prüfvermerk, an die Untere Wasserbehörde weiter.

(4) Die Regelungen der Abs. 1-3 finden sinngemäß Anwendung auf öffentliche Flächen.

§ 8

Genehmigungen

(1) Über die Genehmigungen nach § 3 dieser Verordnung entscheidet die zuständige Untere Wasserbehörde. Dem Genehmigungsantrag sind in vierfacher Ausfertigung Unterlagen wie Beschreibung, Pläne, Zeichnungen und Nachweisungen beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages erforderlich sind. Anträge, die mangelhaft sind oder ohne ausreichende Unterlagen vorgelegt werden, können ohne weiteres zurückgewiesen werden, wenn der Antragsteller die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht behebt. Der Antragsteller ist auf diese Folgen hinzuweisen.

(2) Die Genehmigung ist bei der Besorgnis einer Gewässerverunreinigung zu versagen; eine solche Besorgnis besteht auch dann, wenn durch eine Mehrzahl von Einzelmaßnahmen oder aufgrund des vorhandenen Gefährdungspotentials im Wasserschutzgebiet bzw. einzelnen Schutzzonen das Risiko einer Gewässerverunreinigung erhöht wird.

Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Eine Genehmigung kann auch einmalig für bestimmte in der Zukunft liegende Handlungen gleicher Art erteilt werden. Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungsrechtes bleiben unberührt.

(3) Die Untere Wasserbehörde beteiligt den Wasserwerksbetreiber. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterstehen, ist das zuständige Bergamt zu hören. Sind hygienische bzw. gesundheitliche Belange betroffen, ist das zuständige Gesundheitsamt zu beteiligen. Sind landwirtschaftliche Belange betroffen, sollte die Untere Wasserbehörde in der Regel die Landwirtschaftskammer beteiligen.

(4) Der mit Rechtsbehelfsbelehrung versehene Bescheid über den Genehmigungsantrag ist dem Antragsteller zuzustellen und den am Verwaltungsverfahren Beteiligten zu übersenden.

(5) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung ein Jahr unterbrochen worden ist.

(6) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der Unteren Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt werden. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die Obere Wasserbehörde zuständig ist oder ihr Einvernehmen erteilt. Absatz 3 gilt entsprechend.

Vorstehende Regelungen gelten nicht für Entscheidungen, die in einem Planfeststellungsverfahren ergehen.

§ 9

Befreiungen

(1) Die Untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten des § 3 dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
2. das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung vereinbar ist.

(2) Dem Wasserwerksbetreiber kann auf Antrag von der Unteren Wasserbehörde Befreiung von den Genehmigungsvorbehalten und Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zum Betreiben der Wassergewinnungs- und -versorgungsanlage erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.

(3) Die untere Wasserbehörde beteiligt den Wasserwerksbetreiber und holt vor ihrer Entscheidung die Stellungnahme des Staatlichen Umweltamtes in hygienischen und gesundheitlichen Fragen des zuständigen Gesundheitsamtes, in landwirtschaftlichen Fragen ggf. auch der Landwirtschaftskammer, ein. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterliegen, so ist das zuständige Bergamt zu hören. Will die Untere Wasserbehörde Bedenken des Staatlichen Umweltamtes nicht Rechnung tragen, so hat sie die Weisung der Oberen Wasserbehörde einzuholen.

(4) Im übrigen gelten die Absätze 1, 2, 4 und 5 des § 8 dieser Verordnung entsprechend.

§ 10

Vorrang der Kooperation

(1) Die in den §§ 6 und 7 dieser Verordnung festgelegten Bestimmungen gelten nicht für Mitglieder einer Kooperation, soweit diese verbindliche Regelungen für die in den vorgenannten Paragraphen genannten Tatbestände getroffen hat. Die Regelungen der Kooperation müssen sich an den Inhalten und Zielen dieser Verordnung orientieren.

(2) Im Rahmen des Genehmigungs- und Befreiungsverfahrens bezüglich

- der Umwandlung von Dauergrünland,
- des Neuanlegens und Erweiterns von Gartenbaubetrieben,
- des Errichtens, Erweiterns, wesentlichen Ändern von Güllebehältern,
- der Intensivbeweidung,
- des Anlegens von Silagen und Silagemieten,
- des Errichtens von Silagesilos,
- des Erweiterns des Viehbestandes im Zuge von baulichen Maßnahmen

ist die Kooperation, dessen Mitglied der Antragsteller ist, vor der Entscheidung der Unteren Wasserbehörde von dieser anzuhören.

(3) Eine Kooperation im Sinne dieser Verordnung ist - unabhängig von der Rechtsform - der vertragliche

oder mitgliederschaftliche Zusammenschluß von Landwirtschafts- oder Gartenbaubetrieben einerseits und einem Wasserversorgungsunternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung andererseits. Die Kooperation muß im Rahmen der Zielsetzung der 12-Punkte-Vereinbarung des MURL von 1989 arbeiten und für die Mitglieder bzw. Vertragspartner verbindliche Regelungen mindestens im Hinblick auf die Nährstoffaufbringung und die Anwendung von PFSM treffen.

(4) Die zuständige Untere Wasserbehörde muß berechtigt sein, von den Vertretungsgremien der Kooperation Auskunft über deren allgemeine Tätigkeit zu verlangen. Die Untere Wasserbehörde muß insbesondere die in der Kooperation geltenden Anforderungen an die Düngepläne und -kontrollverfahren sowie die Anwendung von zugelassenen PFSM prüfen können. Dies soll in mindestens jährlichen Beratungsgesprächen geschehen.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 dieser Verordnung genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung nach § 8 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 dieser Verordnung verbotene Handlung ohne die Befreiung nach § 9 vornimmt.

(3) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den nach § 3 i. V. m. §§ 6 oder 7 dieser Verordnung festgelegten Anzeigepflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 100 000,- DM geahndet werden.

§ 12

Überwachung

Bestehende Anlagen oder Einrichtungen im Wasserschutzgebiet sind von Amts wegen durch die Untere Wasserbehörde – gegebenenfalls unter Beteiligung des Staatlichen Umweltamtes – zu überprüfen und zu überwachen.

§ 13

Andere Rechtsvorschriften

(1) Ansprüche auf Entschädigungsleistung, Ausgleichszahlung für wirtschaftliche Nachteile oder pauschale Ausgleichszahlung in Härtefällen richten sich insbesondere nach § 19 WHG, §§ 15, 134 und 135 LWG. Das Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz (EEG NW) findet Anwendung.

(2) Die ansonsten in Gesetzen oder aufgrund eines Gesetzes vorgesehenen Verbote, Genehmigungs-, Zulassungs-, Duldungs- und Anzeigepflichten oder Beschränkungen bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für die §§ 6, 19 g, 19 h, 26 und 34 Wasserhaushaltsgesetz.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Kraft.

Sie hat gemäß § 14 Abs. 3 LWG eine Geltungsdauer von 40 Jahren.

Die Bezirksregierung
als Obere Wasserbehörde
Dr. Behrens

Anlage A

zur Wasserschutzgebietsverordnung Essen-Überruhr/Steele

(Zeichenerklärung: V = Handlung oder Maßnahme ist verboten

G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht durch die zuständige Wasserbehörde

Zone	III A	II	I
1 Abfallentsorgungsanlagen			
1.1 Errichten und Erweitern	V G: Anlagen zum Lagern oder Behandeln von nicht nachteilig veränderten natürlichen Locker- und Festgesteinen	V	V
1.2 wesentliches Ändern	G	V	V
2 Abgrabungen, Grabungen			

Zone	III A	II	I
2.1 über eine Tiefe von 2 m hinaus und über eine Fläche von 10 qm hinaus	V Ausnahme: Maßnahmen für das Verlegen von Post- und Stromkabeln, für das Aufstellen von Masten, das Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen und – soweit das Grundwasser nicht freigelegt oder angeschnitten wird – Baugruben für Ein- und Zweifamilienhausbebauung, G: Baugruben für Mehrfamilienhausbebauung	V	V
2.2 Abgrabungen, durch die das Grundwasser dauernd oder zweitweise freigelegt wird	V Ausnahme: Maßnahmen für das Verlegen von Post- und Stromkabeln, für das Aufstellen von Masten, das Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen	V	V
2.3 sonstige Abgrabungen	V	V	V
3 Abwasseranlagen (s. § 2)			
3.1 Errichten, Erweitern, Wiederherstellen, wesentliches Ändern	G	V G: Sanierungsmaßnahmen, die den Gewässerschutz verbessern	V
4 Abwasser, unbehandeltes			
4.1 Schmutzwasser Einleiten in oberirdische Gewässer, Einleiten, Versickern, Verrieseln in den Untergrund, Aufbringen	V	V	V
4.2 Niederschlagswasser von Dachflächen Einleiten, Versickern, Verrieseln in den Untergrund	G	G	V
4.3 Niederschlagswasser von bebauten, befestigten Flächen (wie z. B.: Straßen, Wegen, Hofflächen, Parkplätzen) aus Wohngebieten (auch Außenbereich) Einleiten, Versickern, Verrieseln in den Untergrund	G	V	V
5 Abwasser, behandeltes			
5.1 Schmutzwasser			
5.1.1 Einleiten in oberirdische Gewässer, die die Zone II durchfließen	V	V	V
5.1.2 Einleiten in oberirdische Gewässer, die nicht die Zone II durchfließen	G		
5.1.3 Aufbringen	G	V	V
5.1.4 Einleiten (z. B. Verrieseln) in den Untergrund	V	V	V
5.2 Niederschlagswasser			
5.2.1 Einleiten in oberirdische Gewässer	G	G	V
6 Abwasserbehandlungsanlagen (s. § 2)			
6.1 Errichten	V G: Regenklärbecken und Regenüberlaufbecken	V	V
6.2 Erweitern, wesentliches Ändern	V G: Regenklärbecken und Regenüberlaufbecken	V	V

Zone	III A	II	I
7 Anflugsektoren, Notabwurfplätze des Luftverkehrs			
7.1 Ausweisen	V	V	V
8 Anlagen, bauliche			
8.1 Errichten, Erweitern, Wiederherstellen, wesentliches Ändern, Nutzungsänderung	G V: wenn Stoffe verwendet werden, bei denen die Gefahr der Auswaschung oder Auslaugung wassergefährdender Stoffe besteht	V	V
8.2 geringfügiges Ändern		G	V
9 Anlagen zum Ablagern nicht nachteilig veränderter natürlicher Locker- und Festgesteine			
9.1 Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
10 Anlagen zum Aufarbeiten bestrahlter Kernbrennstoffe, zum Erzeugen, Bearbeiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, zum Lagern, Ablagern oder Zwischenlagern radioaktiver Stoffe			
10.1 Errichten, Erweitern	V Ausnahme: Lagern und Verwenden radioaktiver Stoffe sowie der Betrieb von Elektronenlinearbeschleunigern im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Meß- und Regeltechnik	V G: das Verwenden offener und umschlossener radioaktiver Stoffe zum Zwecke der Untersuchung des Fließverhaltens von Grundwasserströmen	V
10.2 wesentliches Ändern	V Ausnahme: Lagern und Verwenden radioaktiver Stoffe sowie der Betrieb von Elektronenlinearbeschleunigern im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Meß- und Regeltechnik	V G: das Verwenden offener und umschlossener radioaktiver Stoffe zum Zwecke der Untersuchung des Fließverhaltens von Grundwasserströmen	V
11 Anlagen zum Erzeugen ionisierender Strahlen			
11.1 Errichten, Erweitern	V Ausnahme: Lagern und Verwenden radioaktiver Stoffe im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Meß- und Regeltechnik	V	V
11.2 wesentliches Ändern	V Ausnahme: Lagern und Verwenden radioaktiver Stoffe im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Meß- und Regeltechnik	V	V
12 Anlagen zum Güterumschlag			
12.1 Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern		V	V
13 Anlagen zum Lagern, Ablagern und Behandeln von Autowracks, Kraftfahrzeugschrott und Altreifen			
13.1 Errichten, Erweitern	V	V	V
13.2 wesentliches Ändern	G	V	V
14 Anlagen zum Lagern, Sammeln, Umschlagen, Abfüllen, Herstellen, Verwenden oder Behandeln wassergefährdender Stoffe			

Zone	III A	II	I
14.1 Errichten, Erweitern	V G: Anlagen zum Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch sowie Dieselkraftstoff für landwirtschaftliche Betriebe, wenn der gesamte Rauminhalt der Anlage bei unterirdischen Lagerbehältern 40 000 l und bei ausschließlich oberirdischen Lagerbehältern 100 000 l nicht übersteigt und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Transport, Füllung, Leerung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden; abgedichtete, eingefasste und überdachte Flächen zum Lagern von chemischen Mitteln für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und mineralischem Dünger; kontrollierbar dichte Behälter zum Sammeln oder Lagern von Silagesickersäften und Jauche sowie zum Sammeln von Gülle, ferner oberirdische dichte Behälter zum Lagern von Gülle; abgedichtete Flächen zum Sammeln oder Lagern von Festmist, wenn die anfallenden Abwässer ordnungsgemäß beseitigt werden; dichte Behälter zum Lagern geringer Mengen sonstiger wassergefährdender Stoffe für den häuslichen und landwirtschaftlichen Bedarf	V	V
14.2 wesentliches Ändern	G	V	V
15 Anlagen, wassergefährliche			
15.1 Errichten, Erweitern von Großanlagen	V	V	V
15.2 wesentliches Ändern von Großanlagen	G	V	V
15.3 Errichten, Erweitern von sonstigen Anlagen	V	V	V
15.4 wesentliches Ändern von sonstigen Anlagen	G	V	V
16 Badebetrieb an oberirdischen Gewässern			
16.1 Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
17 Bahnanlagen, s. Verkehrsanlagen			
18 Bauschuttzubereitungsanlagen			
18.1 Errichten, Erweitern	V	V	V
18.2 wesentliches Ändern	G	V	V
19 Baustellen			
19.1 Errichten und Erweitern insbesondere in Form von Wohn- und Lagerbaracken bzw. -wagen		V Ausnahme: Baustellen, die nach anderen Vorschriften dieser Verordnung genehmigt wurden	V
20 Baustofflager			
20.1 Errichten, Erweitern	G	V	V
21 Befahren von Gewässern		V	V

Zone	III A	II	I
22	Befahren von Gewässern mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor	V	V
23	Betretten der Zone durch Personen, die nicht im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind		V
24	Bewässern mit hygienisch nicht einwandfreiem Wasser	V	V
25	Bohrungen	G Ausnahme: Bohrungen für geologische und bodenkundliche Untersuchungen und für den Grundwasserbeobachtungsdienst; Bohrungen zum Setzen von Weidepfählen, Bohrungen zum Ziehen von Nährstoffuntersuchungen	V G: Bohrungen für den Grundwasserbeobachtungsdienst und für bodenkundliche Untersuchungen, Bohrungen zum Ziehen von Nährstoffuntersuchungen, Bohrungen zum Setzen von Weidepfählen
26	Dauergrünland		
26.1	Umwandeln in Ackerland	G	V
27	Düngemittel (s. Nährstoffträger)		
28	Erdaufschlüsse		
28.1	Schaffen jeder Art		V Ausnahme: die ordnungsgemäße, den besonderen Schutz der Gewässer berücksichtigende land- und forstwirtschaftliche Bodenbearbeitung G: bodenkundliche Untersuchungen
28.2	Ändern, Herrichten, Rekultivieren		V Ausnahme: die ordnungsgemäße, den besonderen Schutz der Gewässer berücksichtigende land- und forstwirtschaftliche Bodenbearbeitung
29	Fahrzeuge, Maschinen		
29.1	Reparieren, Warten, Reinigen, Wagenwaschen, Ölwechsel	V	V
30	Festmist (s. Nährstoffträger)		
31	Festmistlager	G	V
32	Fischhaltung mit Zufütterung	V	V
33	Fischteiche		
33.1	Anlegen, Erweitern, wesentliches Ändern	V ausgenommen: Zierteiche	V
33.2	Ändern	G	V
34	Friedhöfe		
34.1	Neuanlagen, wesentliches Erweitern	V	V
34.2	Erweitern	G	V
35	Gartenbaubetriebe		
35.1	Neuanlagen, Erweitern	G	V
36	Golfsportanlagen		
36.1	Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V
37	Grabungen (s. Abgrabungen)		

Zone	III A	II	I
38 Gräben			
38.1 Herstellen, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
39 Gülle (s. Nährstoffträger)			
40 Güllebehälter			
40.1 Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
41 Intensivbeweidung (s. § 2) Viehansammlung, Pferche	G	V	V
42 Jauche (s. Nährstoffträger)			
43 Klärschlamm	V	V	V
44 Kleingartenanlagen i. S. d. Bundeskleingartengesetzes			
44.1 Neuanlagen, Erweitern	V	V	V
45 Kompost (s. Nährstoffträger)			
46 Kompostierungsanlagen			
46.1 Errichten, Erweitern	V	V	V
46.2 Wesentliches Ändern	G	V	V
47 Kompostierungsanlagen für reine Grünabfälle über 2 Tonnen (s. Zwischenlager)			
48 Kühlwasser, unbelastetes			
48.1 Versickern über die belebte Bodenzone und Einleiten in den Untergrund	G	V	V
49 Leitungen mit wassergefährdenden Stoffen, wie z. B. ölgelühten unterirdischen Stromleitungen			
49.1 Errichten, wesentliches Ändern	V	V	V
50 Lagern (s. Zelten)			
51 Landebahnen (s. Startbahnen)			
52 Märkte, Volksfeste, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen außerhalb dafür zugelassener Anlagen	G	V	V
53 Maschinen (s. Fahrzeuge)			
54 Motorsport	V	V	V
55 Nährstoffträger (s. § 2)			
55.1 Aufbringen auf erwerbsmäßig genutzten Flächen und öffentlichen Flächen		- anzeigepflichtig (s. § 6) -	V
55.2 Aufbringen auf sonstigen Flächen	V - Ausnahme: grundwasserschonende Düngung (s. § 2) -	V	V
55.3 Aufbringen bei Besorgnis der Abschwemmung, insbesondere auf tiefgefrorenem oder schneebedecktem Boden oder auf hängigen Flächen	V	V	V
56 Netztierhaltung von Fischen	V	V	V

Zone	III A	II	I
57			
Notabwurfplätze des Luftverkehrs (s. Anflugsektoren)			
58			
Parkplätze (s. Rastanlagen)			
59			
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (s. § 2)			
59.1	V	V	V
Anwenden von in Wasserschutzgebieten nicht zugelassenen PBSM (s. § 2)			
59.2			V
Anwenden von zugelassenen Mitteln auf erwerbsmäßig genutzten Flächen oder öffentlichen Flächen		- anzeigepflichtig (s. § 7) -	
59.3	V	V	V
Anwenden auf sonstigen Flächen	- Ausnahme: grundwasserschonende Anwendung (s. § 2) -		
60			
Pferche (s. Intensivbeweidung)			
61			
Post- und Stromkabel			
61.1		G	V
Verlegen, Unterhaltungsarbeiten			
62			
Rangierbahnhöfe			
62.1	V	V	V
Errichten, wesentliches Ändern			
63			
Rastanlagen, Parkplätze, Stellplätze für mehr als 10 Kfz			
63.1	G	V	V
Errichten, Erweitern			
63.2		G	V
Unterhaltungsarbeiten			
64			
Recycling-Materialien (s. § 2)			
64.1	V	V	V
Verwenden bei baulichen Maßnahmen aller Art	G: Bei Einhaltung der Anforderungen der unter § 2 Abs. 12 dieser VO genannten Erlasse		
65			
Regenklärbecken und Regenüberlaufbecken			
65.1	G	V	V
Errichten			
66			
Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe			
66.1	V		
Errichten	Ausnahme: Rohrleitungen innerhalb von Wohn- oder Betriebsgrundstücken mit ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen den Austritt wassergefährdender Stoffe in den Untergrund		
66.2	G	V	V
Erweitern, wesentliches Ändern	Ausnahme: Rohrleitungen innerhalb von Wohn- oder Betriebsgrundstücken mit ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen den Austritt wassergefährdender Stoffe in den Untergrund		
67			
Sammelstellen für Problemabfälle aus Haushalten und Kleingewerbe (Zwischenlager)			
67.1	V	V	V
Errichten, Erweitern			
67.2	G	V	V
wesentliches Ändern			

Zone	III A	II	I
68 Schießstände			
68.1 Errichten, Erweitern	V	V	V
68.2 wesentliches Ändern	G	V	V
69 Sicherheitsflächen des Luftverkehrs (s. Startbahnen)			
70 Silagen, Silagemieten			
70.1 Anlegen	V Ausnahme: wenn Sickersäfte schadlos abgeleitet werden	V	V
71 Silagesilos			
71.1 Errichten	G	V	V
72 Sprengungen		V	V
73 Startbahnen, Landebahnen, Sicherheitsflächen des Luftverkehrs			
73.1 Ausweisen, Erweitern	V	V	V
73.2 wesentliches Ändern	G	V	V
74 Stellplätze (s. Rastanlagen)			
75 Stoffe, wassergefährdende (s. § 2) (soweit diese Verordnung keine Sonderregelung trifft)			
75.1 Einleiten in den Untergrund (z.B. Versickern oder Versenken)	V	V	V
75.2 offenes Lagern	V Ausnahme: abgedichtete Flächen zum Lagern von Festmist, wenn die anfallenden Abwässer ordnungsgemäß beseitigt werden	V	V
75.3 ungesichertes Lagern	V	V	V
75.4 Lagern, Abfüllen, Sammeln, Umfüllen, Verarbeiten, Verwenden		V	V
75.5 Transportieren		V Ausn.: im Anliegerverkehr	V
76 Straßen und Wege			
76.1 Bauen neuer Straßen und Wege sowie wesentliches Ändern, soweit dies über den Rahmen der üblichen Unterhaltung und örtlich begrenzter Verkehrssicherungsmaßnahmen hinausgeht	G	V	V
77 Stromkabel (s. Postkabel)			
78 Tontaubenschießstände (s. Schießstände)			
79 Ver- und Entsorgungsleitungen			
79.1 Verlegen		V	V
79.2 Unterhaltungsmaßnahmen		G	V
80 Verkehrsanlagen und Bahnanlagen (mit Ausnahme von Rangierbahnhöfen)			
80.1 Ausweisen, Bauen, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
80.2 Unterhaltungsmaßnahmen		G	V

Zone	III A	II	I
81	Viehbestand in landwirtschaftlichen Betrieben		
81.1	Erweitern im Zuge von baulichen Maßnahmen	V	V
82	Wärmepumpen (s. § 2)		
82.1	Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	V	V
83	Wald		
83.1	Kahlschlag über 1 ha innerhalb von 5 Jahren	V	
83.2	Kahlschlag (s. § 2)	V	V
83.3	Umwandeln von Wald und forstwirtschaftlich genutzten Flächen in andere Nutzungsarten	V	V
84	Zelten und Lagern	V	V
	Ausnahme: innerhalb dafür vorgesehener Einrichtungen		
85	Zwischenlager und Kompostierungsanlagen für reine Grünabfälle über 2 Tonnen		
85.1	Errichten, Erweitern	V	V
85.2	wesentliches Ändern	G	V

Abl. Reg. Ddf. 1995 S. 115

134

**Berichtigung
der Veröffentlichung der
Wasserschutzgebietsverordnung Essen-Überruhr/Steele**

Bezirksregierung
54.17.02-31, 32
Düsseldorf, den 17. März 1995

Die im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf am 9. März 1995 unter Nr. 10 veröffentlichte ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Essen-Überruhr/Steele der Stadtwerke Essen AG – Wasserschutzgebietsverordnung Essen-Überruhr/Steele – vom 8. Februar 1995 wird unter folgenden Ziffern der Anlage A wie folgt berichtigt:

Zone	III A	II	I
3.1 Errichten, Erweitern, Wiederherstellen, wesentliches Ändern; ausgenommen: unaufschiebbare Notmaßnahmen	G	V G: Sanierungsmaßnahmen, die den Gewässerschutz verbessern	V
33.2 Ändern	G	V	V
55.1 Aufbringen auf erwerbsmäßig genutzten Flächen und öffentlichen Flächen		- anzeigepflichtig (s. § 6) -	V
59.2 Anwenden von zugelassenen Mitteln auf erwerbsmäßig genutzten Flächen oder öffentlichen Flächen		- anzeigepflichtig (s. § 7) -	V
66.1 Errichten	V Ausnahme: Rohrleitungen innerhalb von Wohn- oder Betriebsgrundstücken mit ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen den Austritt wassergefährdender Stoffe in den Untergrund	V	V